

EIN ORT FÜR GANZHEITLICHE BILDUNG | Das Bildungs- und Lernzentrum als inklusive Institution für Kinder von einem Jahr bis zum Ende der Grundschulzeit

Elvira Berndt; Matthias Brockstedt; Siegfried Dreusicke; Jürgen Gries; Thomas Härtel; Barbara König; Maria Lingens; Karlheinz Nolte; Wolfgang Penkert; Sigrid Richter-Unger

Zusammenfassung | In Berlin hat sich eine innovative Fachdebatte zur frühkindlichen Bildung entwickelt. Das Berliner Bildungsprogramm setzt hohe qualitative Maßstäbe für einen erweiterten und ganzheitlichen Bildungsbegriff. Eine Gruppe Berliner Fachleute der verschiedensten Professionen hat nun ein Impulspapier zur Erprobung eines Bildungs- und Lernzentrums in den Fachdiskurs eingebracht, mit dem die traditionelle Trennung von Kita und Grundschule konsequent aufgehoben wird.

Abstract | In Berlin, an innovative professional debate on early childhood education has been developing over the past decades. The Berlin education programme sets high quality standards for an extended and integrated concept of education. A group of Berlin experts from different fields has enriched the professional discourse by a discussion paper on testing an education and learning centre which consequently removes the traditional separation between day care and elementary school.

Schlüsselwörter ► Kindertageseinrichtung ► Grundschule ► Bildung ► Konzeption ► Berlin

1 Schluss mit der Trennung von Kita und Grundschule | 1-1 Anlass und Hintergrund | Seit mehr als 50 Jahren ist die Verknüpfung von sozialer Herkunft und Schulerfolg durch eine Reihe von Studien nachgewiesen. Anhand der Daten des *DJI-Kinderpanel* (2006) und der neuen 3. *World Vision* Kinderstudie (*World Vision* 2013) lässt sich belegen, dass Kindheit sozial strukturiert ist und sich die sozialen und kulturellen Lebenslagen, Praktiken und Einstel-

lungen von Kindern schicht- und milieuspezifisch unterscheiden. Das Aufwachsen der Kinder wird durch die unterschiedlichen alltagsweltlichen Benachteiligungen und Privilegien nachhaltig geprägt. Insbesondere in Familien in Armut, mit Migrationshintergrund, mit einem alleinerziehenden Elternteil oder in Familien mit hoher Kinderzahl verschlechtern sich die Lebens- und Bildungschancen. Verstärkt werden diese Effekte durch die räumliche Konzentration (Segregation) von Familien in ähnlichen Lebenslagen.

Aktuell lassen sich drei Diskurse erkennen:

▲ Es wird über die Effizienz und den *Output von Bildung* gestritten. Welche Kompetenzen sollen Kinder und Jugendliche in welcher Lebensphase entwickeln? Da dieser Diskurs vor allem von Wirtschaft und Unternehmen geführt wird, steht die formale Bildung im Mittelpunkt. Aber auch viele Eltern streben – mit besten Absichten für das Wohl ihrer Kinder – nach effizienteren Bildungs- und Lernkonzepten. Häufig wird beklagt, dass die Vorbereitung auf die nächsthöhere Bildungsstufe unzureichend ist.

▲ Ein weiterer Diskurs beschäftigt sich mit *Struktur- und Organisationsfragen*. Die Übergänge zwischen den Bildungssystemen, die (finanzielle) Zuständigkeit im Föderalismus, Ganztags- oder Halbtagsysteme oder auch die Mehrgliedrigkeit innerhalb der Systeme stehen im Vordergrund.

▲ Ein dritter Diskurs hinterfragt grundsätzlich das vorherrschende *Bildungsverständnis* und beschreibt einen ganzheitlichen Bildungsbegriff mit dem Ziel der Aneignung von Lebenskompetenz. Diese Debatten wurden vor allem durch die Kinder- und Jugendberichte sowie die Bildungsberichte der Bundesregierung und anderer Institutionen, aber auch durch Diskussionen in Verbänden und Gewerkschaften vorangetrieben.

In Berlin hat sich die Fachdebatte ausgehend vom Diskurs über ein neues Bildungsverständnis innovativ entwickelt. Das Berliner Bildungsprogramm für die Kindertagesstätte (Kita) setzt qualitative Maßstäbe für einen erweiterten und ganzheitlichen Bildungsbegriff. An diesem und an parallelen Entwicklungen im Schulbereich richteten sich auch Strukturfragen aus.

So wurden zum Beispiel das „Jahrgangsübergreifende Lernen“ (JÜL), der frühe Schuleintritt oder die Integrierten Sekundarschulen (ISS) entwickelt. Berlin begreift Bildung als reflexiven Prozess. Das

aktuelle überarbeitete Bildungsprogramm setzt bei der Zusammenarbeit mit den Eltern beim Übergang von der Kita in die Grundschule weitere Akzente. Insbesondere der Austausch zwischen den immer noch getrennten Bildungsbereichen Kita und Grundschule mit eigenständigen Bildungsaufträgen, verschiedenartigen Erwartungen an die Kinder und spezifischen pädagogischen Orientierungen ist bis heute ein ungelöstes Problem und muss stärker als bisher in den Blick genommen werden.

Für viele Kinder stellt der Schuleintritt immer noch einen mit vielen Schwierigkeiten verbundenen Lebensabschnitt dar. Ungeachtet der zahlreichen Verbesserungen in einzelnen Grundschulen in Berlin in den letzten Jahren finden die Erstklässler in ihren Schulen andere – aus unserer Sicht schwierigere – Lernbedingungen als in der Kita vor, wie zum Beispiel größere Klassen und klar strukturierte Zeitfenster. In der Kita konnten sie noch in kleinen, überschaubaren Gruppen bei einer zeitlich entspannten Tagesplanung miteinander spielen, kreativ sein, altersgemäße Erfahrungen mit Naturwissenschaften machen, ihre sprachlichen, mathematischen und motorischen Fähigkeiten entwickeln und lernen.

Die Rahmenbedingungen in der Schule sind vollkommen andere. Zudem haben die Lehrkräfte nur unzureichende Kenntnisse der bisherigen Erfahrungswelt und der Lebens- und Lernbiografien der einzelnen Kinder. Deshalb fehlen ihnen grundlegende Informationen für ihre pädagogischen Überlegungen und Entscheidungen, die am Beginn eines neuen Lebensabschnittes individuell getroffen werden müssen.

1-2 Schaffung einer einheitlichen Institution: Das Bildungs- und Lernzentrum | Als Fortführung sind Kita und Grundschule zu einem neu zu schaffenden Bildungs- und Lernzentrum (BLZ) zusammenzuführen. In Berlin legen Leitlinien diese Zusammenarbeit den Erzieherinnen und Erziehern sowie den Lehrerinnen und Lehrern seit 1974 nahe. Bildung, Erziehung und Betreuung, die der ganzheitlichen und umfänglichen Förderung dienen, werden im Bildungs- und Lernzentrum als ein aktiver Prozess verstanden. Alle Bemühungen haben das Ziel, Kindern Lebenskompetenz zu vermitteln und ihnen Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Das zu schaffende Bildungs- und Lernzentrum stützt sich auf folgende Voraussetzungen:

- ▲ Es hebt die Trennung von vorschulischer und schulischer Bildung auf.
- ▲ Es umfasst die heute noch getrennten Institutionen Kita und Grundschule in einer gemeinschaftlichen Institution.
- ▲ Es bildet einen ganztägigen Bildungs- und Lernraum unter Einbeziehung der Alltagserfahrungen in der Lebenswelt der Kinder.
- ▲ Es bietet individuelle Ansprache und Förderung in heterogenen Spiel- und Lerngruppen.

Das Bildungs- und Lernzentrum bildet damit einen inklusiven Lern- und Lebensraum, der jedem Kind unabhängig von Alter, Geschlecht, körperlichen Fähigkeiten, ethnisch-kultureller Zugehörigkeit und ökonomischem Status der Eltern die Chance bietet, seine sozialen und individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu entwickeln und in die Gemeinschaft einzubringen.

Eltern werden im Bildungs- und Lernzentrum als Partner für Bildung, Erziehung und Betreuung ernst genommen. Sie wirken an seiner Gestaltung durch die Beteiligungsrechte ihrer Gremien nach dem Kindertagesstättenfördergesetz (KitaFöG) und dem Schulgesetz (SchulG) mit. Darüber hinaus werden sie in die Konzeptionsentwicklung, Projektarbeit und die Gestaltung des ganztägigen Lebens und Lernens einbezogen. Sie haben das Recht auf regelmäßige Gespräche über die Entwicklung ihres Kindes.

2 Inklusion als Antwort auf die Vielfalt der Lebensbedingungen | Das inklusive Bildungs- und Lernzentrum mit seinen heterogenen Spiel- und Lerngruppen bietet ein Modell für das Zusammenleben und -lernen von Mädchen und Jungen mit unterschiedlichen Interessen, Fähigkeiten und Lernniveaus, die aus allen sozialen Schichten und Milieus kommen und ihre Wurzeln in allen Kulturen haben, von Kindern mit und ohne Behinderungen sowie von jüngeren und älteren Kindern. Durch individuelle Förderung in heterogenen Spiel- und Lerngruppen wird die Bildungsungleichheit zwischen den Kindern reduziert. „Allerdings führt inklusive Pädagogik nicht dazu und strebt es auch nicht an, dass alle Lernenden den gleichen Leistungsstand erreichen. Es geht vielmehr darum, dass jede Schülerin und jeder Schüler in seiner Einzigartigkeit anerkannt wird, dass jeder individuell bestmögliche Leistungen erreicht, dass niemand als ‚schlechter Schüler‘ abgestempelt

wird, dass jeder Mitglied der Schulgemeinschaft ist und dass niemand Angst haben muss, in eine andere Schule überwiesen zu werden“ (*Bundeszentrale für politische Bildung* 2013a).

Die Kita wird in diesem Zusammenhang als wichtiger Bildungs- und nicht nur als Erziehungs- und Betreuungsort entdeckt. In einer Reihe von Studien werden die positiven Effekte zum Beispiel des Kita-Besuchs auf die Leistungen der Grundschul Kinder herausgestellt. Nimmt man diese Erkenntnis ernst, so gehören die bestausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer in die Kita und die Grundschule, weil hier die größten Lerneffekte erreicht, aber auch die größten Schäden angerichtet werden können. Probleme und Lernschwierigkeiten in der Sekundarstufe I haben in vielen Fällen ihre Ursachen in Kita und Grundschule. In beiden Institutionen werden die Grundlagen für die soziale und kognitive Entwicklung sowie die Lernmotivation der Kinder gelegt. Daher sollten die Fachkräfte beider Einrichtungen zusammenarbeiten. Dies bedeutet für das Bildungs- und Lernzentrum, beim Alltagswissen der Kinder anzusetzen. Es ist handlungsorientiert angelegt und stellt einen sozialen und kognitiven Erfahrungsraum für Kinder in einem bedeutsamen Lebensabschnitt dar, der einen beachtlichen Anteil an deren sozialen und individuellen Persönlichkeitsentwicklung hat.

3 Bildungsbegriff | In einer Streitschrift zum Thema Bildung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) heißt es: „Bildung ist mehr als akkumuliertes Wissen und lässt sich nicht abschließend in einem Kanon oder einem Curriculum abbilden. Bildung ist sowohl Wissenserwerb als auch die Befähigung zu selbstbestimmter, eigenständiger Lebensführung“ (AWO 2006). Dem liegt ein ganzheitlicher Bildungsbegriff zugrunde, der formale, non-formale und informelle Bildung gleichermaßen umfasst: „Bildung ist mehr als Schule. Durch Bildung werden Menschen befähigt, sich mit der dinglich-stofflichen Welt, mit den kleinen und großen kulturellen Errungenschaften der Menschheitsgeschichte, mit anderen Menschen und mit sich selbst auseinanderzusetzen. Diese vier Dimensionen umreißen einen erweiterten Bildungsbegriff mit seinen inhaltlichen Bestandteilen: kulturelle Kompetenzen, mit denen sich Menschen die Wissensbestände einer Gesellschaft und ihre Kulturtechniken erschließen können, instrumentelle Kompetenzen, die Menschen befähigen, sich

als aktiv Handelnde in der stofflichen Welt der Natur, der Dinge und der Waren zu bewegen, soziale Kompetenzen, dank derer Menschen sich auf andere Menschen einlassen, am Gemeinwesen aktiv teilhaben und soziale Verantwortung übernehmen können, personale Kompetenzen, die es dem Einzelnen ermöglichen, mit sich selbst, mit seiner eigenen Gedanken- und Gefühlswelt, seiner Körperlichkeit und seiner Emotionalität, mit Seins- und Sinnfragen umzugehen“ (*Bundeszentrale für politische Bildung* 2013b).

Das Bildungs- und Lernzentrum legt seiner Arbeit die Erkenntnisse der Spiel-, Bildungs- und Lernforschung zugrunde. Es definiert Lernen und Lernerfolg nicht aus der Sicht der Institution, sondern aus der Perspektive des Kindes. Lernen wird zur Lebensqualität. Dabei verläuft der Bildungs- und Lernprozess

- ▲ mit *Freude und Neugierde* (Kinder lernen mit Spaß und hoher Eigenmotivation);
- ▲ *aktiv* (das Kind selbst entdeckt, erforscht und gestaltet seine Welt);
- ▲ *sozial* (Kinder beziehen ihre Tätigkeiten immer auf andere Personen) und
- ▲ *sinnlich* (nicht nur Kinder lernen dann erfolgreich, wenn sie möglichst vielfältige Sinneserfahrungen einsetzen können).

4 Pädagogische Grundlagen und Organisationsbedarf | Kinder brauchen während des ganzen Tages anregende (Lern-)Umwelten und Zeit, um in Ruhe und abwechslungsreich ihre Bildungs- und Lernprozesse zu gestalten. Lernen im Bildungs- und Lernzentrum ist immer *integratives* Lernen. Unterschiedliche Kinder (in Bezug auf Herkunft, Alter, Entwicklungsstand, Beeinträchtigungen und Geschlecht) leben und lernen in einer Gemeinschaft, in der jedes Kind in seinem jeweiligen Entwicklungsniveau und mit seinen sozialen und individuellen Stärken und Kompetenzen wahrgenommen wird. Gelernt wird mit Elementen der Spannung und Entspannung, der Ruhe und Bewegung.

Förderung setzt beim jeweiligen Entwicklungsstand der Kinder an und bedeutet nicht ausschließlich kognitive Förderung, sondern geht von einem ganzheitlichen Verständnis kindlicher Entwicklung und kindlichen Lernens aus, das alle Entwicklungsbereiche umfasst. Soziales, individuelles und eigenständiges Lernen und Entdecken ermöglichen einen adäquaten Lernzuwachs.

Demokratiebildung ist wesentlicher Bestandteil des Bildungs- und Lernzentrums, denn „eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist die einzige Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss, alle anderen Gesellschaftsordnungen bekommt man so“ (Negt 2010, S. 27). Deshalb sollen Kinder im Bildungs- und Lernzentrum von Beginn an Demokratie erfahren und demokratisches Denken und Handeln üben. Dies geschieht, indem sie ernst genommen werden und mitbestimmen können. Damit ist nicht nur eine formale Beteiligung zum Beispiel von Kinderräten, sondern auch die Gestaltung von Lerninhalten und Lernwegen gemeint. In einem Bildungs- und Lernzentrum ist deshalb die Entwicklung einer Partizipationskultur eine grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche Bildungs- und Lernprozesse. Denn der Grad an Beteiligungsmöglichkeiten beeinflusst nicht nur das soziale Klima, sondern auch den Bildungserfolg.

Gesundheitserziehung ist eine Aufgabe, der Kita und Grundschule immer schon verpflichtet waren und die es innerhalb der bisherigen Praxis jetzt nur neu zu verstehen gilt. Die wesentlichen Kennzeichen dieser veränderten Auffassung und Konzeption von Gesundheit sind zum einen die Erweiterung der eng medizinisch- und körper- sowie funktionsbezogenen Auffassung um psychosoziale Elemente und zum anderen die präventive Konzeptionierung der Gesundheitsförderung (Salutogenese). Gesundheit steht in direktem Zusammenhang mit der Umwelt, den gesellschaftlichen Lebensbedingungen und den materiellen Lebenslagen von Menschen: im Erleben der Aufenthaltsräume, in der alltäglichen Ausgestaltung der Lebensbedingungen, der Lebensführung ganz allgemein und speziell in Fragen einer gesunden Ernährung, regelmäßiger Bewegung, in der Gewichtung von Lernen und Freizeit, in der Ordnung des Alltags im Rhythmus der Zeit, in der Dynamik des Gefühlslebens und im Umgang mit anderen Menschen. Damit wird die gesellschaftliche Unterstützung als ein wichtiger Faktor für den Erhalt der Gesundheit anerkannt; dieses zu entdecken ermöglicht einen Lernzuwachs.

Die vorgenannten pädagogischen Grundlagen können am besten in beteiligungsorientierten Formen wie zum Beispiel in der *Projektarbeit* verwirklicht werden. Sie bietet einen Rahmen für die Organisation von Bildungs- und Lernprozessen, ermöglicht den Kindern

erfahrungsbezogenes Lernen, die Begegnung mit unbekanntem Themen und Erfahrungsbereichen sowie ein erkennendes Begreifen der eigenen Lebenssituation und der Lebenssituation anderer Menschen. Hierbei ist die Präsentation von Arbeitsergebnissen von besonderem Stellenwert: Die Selbstdarstellung vor der eigenen Lerngruppe, der Bildungs- und Lernzentrumsöffentlichkeit (Kinder, Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen) sowie möglichst auch im Sozialraum stärkt die Persönlichkeit der Kinder und gibt dem Ergebnis der Projektarbeit einen besonderen Wert beziehungsweise führt zu einer wertschätzenden Haltung. Hierbei sollten folgende Eckpunkte berücksichtigt werden:

- ▲ individuelles, altersübergreifendes Lernen und Entdecken;
- ▲ Verbindung von Spiel und Unterricht und lerner-gänzenden Angeboten;
- ▲ Einbeziehung unterschiedlicher Professionen und Lernorte;
- ▲ Partizipation der Kinder bei der Auswahl und Ausgestaltung von Projekten;
- ▲ Präsentation und Reflexion der Arbeit.

5 Gemeinsame Ausbildung | Entscheidend für ein Bildungs- und Lernzentrum ist die gemeinsame Ausbildung von Erzieherinnen, Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern. Schon der unterschiedliche Status der jeweiligen Ausbildungsstätten verweist auf erhebliche Diskrepanzen. Erzieherinnen und Erzieher werden in der Regel an Fachschulen für Sozialpädagogik ausgebildet; Grundschullehrerinnen und -lehrer an Universitäten. In beiden Einrichtungen wird die soziale und allgemeine Bildung und Erziehung betont. Dabei ist nicht zu übersehen, dass diese Ziele unterschiedliche Bewertungen erfahren: Während Bildung und Erziehung in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung konkreter und praxisnäher erfasst werden, ist das Studium für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen durch eine abstraktere wissenschaftliche Terminologie geprägt. Bei einer gemeinsamen Ausbildung ginge es um eine inhaltlich abgestimmte, am Kind orientierte Ausbildung auf der Basis eines einheitlichen Verständnisses pädagogischer Prozesse und Lernziele. Die naheliegende Variante eines gemeinsamen Bachelorstudiums, an das die Grundschullehrerin beziehungsweise der Grundschullehrer noch ein Masterstudium anschließen könnte, setzt aber voraus, dass die Ausbildung zur Lehre an Grundschulen vom Kopf auf die Füße gestellt wird.

Die jetzige Regelung, nach der die Pädagogik erst im Masterstudium ihren Platz hat, erscheint ohnehin als ein Beleg für eine zu starke Orientierung an der kognitiven Entwicklung des Kindes zu sein. Dieser Bereich könnte jedoch bei der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher durchaus gestärkt werden und wäre ein Beispiel für die Synergieeffekte einer gemeinsamen Ausbildung. Nach einer Analyse der gemeinsamen Aufgaben hat die Entwicklung einer gemeinsamen Ausbildung besondere Priorität. Dabei müssen die pädagogischen und fachlichen Erfordernisse der jeweiligen Profession angemessene Beachtung finden. Einer seit Jahren geforderten Anhebung der Erzieherinnenausbildung auf Hochschulniveau steht nach wie vor die Tarifbindung an den Abschluss entgegen. Wäre der Besuch einer Hochschule Voraussetzung für den Beruf, hätten die Absolvierenden Anspruch auf eine entsprechend höhere Eingruppierung. Die hiermit einhergehenden Kosten wollen Länder und Kommunen bislang nicht tragen. Auch diese Hürde gilt es zu überwinden, um eine gemeinsame Ausbildung zu ermöglichen.

Eine Reforminstitution wie das hier vorgestellte Bildungs- und Lernzentrum erfordert speziell motivierte und ausgebildete Fachkräfte. Dabei sind die folgenden Rahmenbedingungen wichtig:

- ▲ eine homogenisierte gemeinsame Ausbildung und Fortbildung, die auch gleichwertige und gleichrangige grundlagenwissenschaftliche und praktische Kompetenzfelder beinhaltet;
- ▲ ein Basis-Curriculum, das auf das Bildungs- und Lernzentrum bezogen ist, und mehr Kontinuität der pädagogischen Arbeit in Kita und Grundschule im Interesse der Kinder sichert;
- ▲ eine sozialwissenschaftlich orientierte Reflexion der Berufsrollen;
- ▲ die wissenschaftlichen Grundlagen von beruflicher und allgemeiner Erziehungs- und Bildungsintegration (Erziehungs- und Bildungsarbeit);
- ▲ gemeinsame Entwicklung und Reflexion pädagogischer Konzepte;
- ▲ gemeinsames Handeln der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Grundschullehrkräfte bezogen auf Spielen, Kreativität, Selbstständigkeit, soziales Lernen, den Freizeitbereich und Institutionen im Umfeld;
- ▲ starke Orientierung an der Erziehungs- und Bildungspraxis; gemeinsame studien- und semesterbegleitende Praktika sowie Blockpraktika (in der

vorlesungsfreien Zeit) haben die Aufgabe, die künftige Bildungswirklichkeit zu erschließen;

- ▲ speziell für Grundschullehrerinnen und -lehrer die Teilnahme an fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und fachpraktischen Veranstaltungen;
- ▲ gemeinsame Weiterbildungsveranstaltungen, um unter anderem gemeinsame Aktivitäten sowie didaktische Projekte und methodische Wege (mit Kindern oder Eltern) planen und gestalten sowie (sozial-)raumorganisatorische Bedingungen und personalrelevante Qualitäten erkennen zu können;
- ▲ ein einheitliches Entgelt- und Dienstrechtssystem.

Neben der gemeinsamen Ausbildung von Erzieherinnen, Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern an einer Hochschule ist die Multiprofessionalität des Bildungs- und Lernzentrums gekennzeichnet durch die gemeinsame Leitung der Bereiche, gemeinsame Teambesprechungen und eine gemeinsame Arbeitsorganisation.

6 Bildungs- und Lernressourcen der Familie nutzen | Die Familie ist erster Bildungs- und Lernort

und hat damit einen weitaus größeren Einfluss auf die Entwicklung der Kinder als die Elementar- und Primarbereiche Kita und Grundschule. Für den Bildungserfolg eines Kindes ist deshalb eine Partnerschaft zwischen seinen Eltern und dem Bildungs- und Lernzentrum von entscheidender Bedeutung, um auch die Stärken und Ressourcen des Kindes besser nutzen zu können.

An internationalen Beispielen ausgerichtete Standards, unter anderem der US-amerikanischen National Parent Teacher Association¹, dienen der Orientierung:

- ▲ Das Bildungs- und Lernzentrum ist geprägt von einer Willkommenskultur; es ist ein offener und einladender Ort, der von einem freundlichen, wertschätzenden Miteinander ausgeht.
- ▲ Ein intensiver und vielfältiger Informationsaustausch findet zwischen Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen statt. Fachkräfte kooperieren mit Eltern. Sie unterstützen das Lernen in der Familie und weisen auf Angebote der Familienbildung und -beratung hin.
- ▲ Niedrigschwellige Eltern- und Familienbildung wird ausgebaut und gegebenenfalls auch im Bildungs- und Lernzentrum angeboten.
- ▲ Fachkräfte sind Fürsprecher für jedes Kind. Sie informieren Eltern über die Bildungswege und

¹ <http://www.pta.org/nationalstandardsThemaMigration>, die zwischen September 2015 und Juni 2016 stattfanden.

befähigen sie, mit ihrem Kind gemeinsam dessen Zukunft zu planen.

▲ Fachkräfte teilen ihre Verantwortung mit Eltern. Eltern werden ermuntert, bei allen Entscheidungen mitzubestimmen, welche die Familien und die Kinder betreffen.

▲ Fachkräfte sind vernetzt und arbeiten mit Einrichtungen und Institutionen in den Bezirken zusammen. Die Schule und die Elternschaft organisieren Unterstützung durch Partner im Sozialraum.

7 Partner im Sozialraum | Bei der Suche nach Kooperationspartnern des Bildungs- und Lernzentrums richtet sich der Blick schnell auf den Sozialraum. Das Bildungs- und Lernzentrum ist – ähnlich den aus England stammenden Konzepten der „community education“ und „Early Excellence Centres“ – vom Bemühen gekennzeichnet, Kita, Grundschule und Sozialraum zusammenzuführen und Lernprozesse als Teilhabe an lokalen Entwicklungen zu organisieren. Es versteht sich als Lebensort für Kinder und richtet seinen Blick auf die Lebens- und Lernwelt des einzelnen Kindes und seiner Familie. Dies führt zur Öffnung in den Stadtteil und zur aktiven Einbeziehung der Umgebung in die pädagogische und didaktische Arbeit.

Um im Bildungs- und Lernzentrum ganzheitliche Bildung in einer Kombination aus formellen, nicht formellen und informellen Bildungs- und Lernsphären verwirklichen zu können, bedarf es der Kooperation mit anderen Institutionen im Sozialraum als geografischem Gestaltungsraum. Angestrebt wird eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Jugendhilfeprojekten, Familien- und Nachbarschaftszentren, Kultur-, Sozial- und Freizeiteinrichtungen sowie mit Behörden und weiteren Partnern mit hohem Stellenwert. Im Wechsel von Spiel-, Unterrichts- und Betreuungsangeboten sind vorhandene Potenziale und Ressourcen in den Blick zu nehmen, zu aktivieren und zu entwickeln.

8 Struktur und erste Schritte | Ziel und Inhalt des Bildungs- und Lernzentrums ist es, Bildung und Lernen in ihrer Fachlichkeit, ihrer Struktur beziehungsweise Organisation und ihrer Finanzierung so zu verändern, dass eine Optimierung der Kind- und Familienorientierung, des Einsatzes der Ressourcen und der Steuerung erreicht sowie die Effektivität und Effizienz der Leistungserbringung gesteigert wird.

Die Verwaltungsgrenzen der Berliner Bezirke, die für Grundschulen eine viel größere Bedeutung als für Kitas haben, stimmen vielfach nicht mit den Grenzen der sozialen Räume überein. Daraus ergeben sich für die Strukturierung und Implementierung von Bildungs- und Lernzentren erhebliche Schwierigkeiten. Beim Bildungs- und Lernzentrum geht es nicht um die Schaffung einer (neuen) Infrastruktur, denn diese ist in Berlin weitgehend vorhanden. Es geht um die Kooperationen der Elemente dieser Infrastruktur und ihre Durchlässigkeit, denn das „Ziel ist der Aufbau einer kommunalen Bildungslandschaft als Infrastruktur für Kinder und Jugendliche, die getragen wird von Leistungen und Einrichtungen der Schule, der Kinder- und Jugendhilfe, von kulturellen Einrichtungen, Verbänden und Vereinen, Institutionen der Gesundheitsförderung sowie privaten und gewerblichen Akteuren vor Ort“ (14. Kinder und Jugendbericht, *BMFSFJ* 2013).

Es geht also um die Schaffung eines Bildungs- und Lernraumes. Wie kann dieser in einer Stadt wie Berlin als beschreibbare Einheit überhaupt aussehen? Er muss sich an den Kindern orientieren, daran, wo sie tatsächlich sind beziehungsweise wo sie im Laufe ihres Bildungsweges sein werden. Dies sind in erster Linie die Einrichtungen von Kitas und die Grundschulen. Sie bilden die Kerneinheiten des Bildungs- und Lernzentrums. Wobei die Grundschule die zentrale Einheit ist, um die sich die Kitas gruppieren. Diese Zuordnung bietet auch die größte Wahrscheinlichkeit, dass sie den Bildungsverläufen der Kinder entspricht. Ihnen ordnen sich die unterstützenden Einheiten zu, wie zum Beispiel Hilfen zur Erziehung, Familienbildung, Familienzentren, Kinderarztpraxen und Sportstätten. Dabei ist es entscheidend, dass sich ein solcher Verbund auf ein einheitliches Bildungsverständnis als Leitfaden für das Bildungs- und Lernzentrum einigt.

Da die verschiedenen Einrichtungen um das Bildungs- und Lernzentrum und die unterstützenden Institutionen auf der Basis eigener Rechtsvorschriften und unterschiedlicher Finanzierungen tätig sind und eine organisatorische Zusammenlegung selbst von Kitas und Grundschulen kurzfristig nicht umsetzbar erscheint, bietet sich als Einstieg eine Verbundlösung an. Die Grundschule und die Kitas eines gemeinsamen Einzugsgebietes schließen Kooperationsverträge, in denen ihre Zusammenarbeit, der Informationsaustausch und das gemeinsame Wirken zum Wohle der Kinder und zur Verbesserung der Infrastruktur gere-

gelt sind. Dieser Verbund, der einen oder mehrere Repräsentanten stellt, schließt seinerseits Kooperationsverträge mit den unterstützenden Institutionen. Dass ein solches Verbundsystem keiner zusätzlichen Zentralstelle bedarf, liegt auf der Hand. Allerdings werden die derzeitigen Aufsicht führenden und steuernden Senats- und Bezirksverwaltungen sich und ihre Vorschriften an dieser neuen Form der Kooperation auszurichten haben. Da alle Partner des zu schaffenden Verbundes ihre eigene Finanzierung einbringen, entstehen zusätzliche Kosten nur aus der Kooperation. Soweit es die fachliche Zusammenarbeit betrifft, sollten die Kapazitäten bereits vorhanden sein und eventuelle anfängliche Mehraufwendungen durch die perspektivischen Erleichterungen ausgeglichen werden. Insbesondere für die Aus-, Fort- und Weiterbildung bedarf es zusätzlicher Ressourcen. Nach einer Evaluationsphase, für die ebenfalls zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, sind auch die daraus notwendigen Reformen in der Fachkräfteausbildung umzusetzen.

Langfristig müssen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung Sanierungs- und Neubaumaßnahmen dieser pädagogischen Zielsetzung eines Verbundsystems angepasst werden. Bei künftigen Neubaumaßnahmen von Kindertagesstätten und Grundschulen muss der Aufbau eines Bildungs- und Lernzentrums leitend sein.

Elvira Berndt ist *Diplompädagogin und Geschäftsführerin von Gangway e.V.*

Dr. Matthias Brockstedt ist *Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin und ärztlicher Leiter des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes Berlin-Mitte.*

Siegfried Dreusicke ist *Rechtsanwalt und Ehrenvorsitzender des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerkes e.V.*

Professor Dr. Jürgen Gries ist *Erziehungs- und Sozialwissenschaftler und lehrte an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin.*

Thomas Härtel ist *Diplompädagoge und Vorsitzender des Berliner Beirats für Familienfragen. Er war Staatssekretär für Jugend, Bildung und Sport in Berlin.*

Barbara König, *Politikwissenschaftlerin, ist Geschäftsführerin des AWO Landesverband Berlin e.V.*

Maria Lingens ist *Diplom-Sozialpädagogin und als Referentin für Jugendhilfe, Kinder und Familien bei der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. tätig. E-Mail: maria.lingens@awoberlin.de*

Karlheinz Nolte, *Oberstudienrat i.R., ist Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin.*

Wolfgang Penkert ist *Diplom-Soziologe und Sozialarbeiter und war Senatsdirigent in Berlin.*

Sigrid Richter-Unger ist *Diplom-Soziologin und Mitbegründerin der Beratungsstelle Kind im Zentrum in Berlin.*

Literatur

AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.: *Chancengerechtigkeit durch Bildung – Chancengerechtigkeit in der Bildung. Bausteine einer sozialen Bildungspolitik.* Essen 2006, S. 21

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *14. Kinder- und Jugendbericht.* Berlin 2013 (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/14-Kinder-und-Jugendbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>; abgerufen am 8.8.2016)

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Zukunft Bildung. Herausforderungen für die Bildungspolitik: Heterogenität* (zitiert nach Annedore Prengel). In: <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/145242/heterogenitaet?p=1> (veröffentlicht 2013a, abgerufen am 8.8.2016)

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Zukunft Bildung. Bildungsorte – Lernwelten.* Autor: Thomas Rauschenbach. In: <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/149483/alltagsbildung?p=all> (veröffentlicht 2013b, abgerufen am 8.8.2016)

DJI Kinderpanel: <http://www.dji.de/index.php?id=273> (veröffentlicht 2006, abgerufen am 8.8.2016)

Negt, Oskar: *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform.* Göttingen 2010

World Vision Deutschland e.V. (Hrsg.): *Wie gerecht ist unsere Welt. Kinder in Deutschland 2013.* 3. World Vision Kinderstudie. Weinheim 2013